

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark.

61. Jahrgang

Leipzig, den 13. Februar 1923

Nummer 18

Verhandlungen der Tariffkommission am 12. Februar

Die schon in Nr. 18 unter „Allgemeine Rundschau“ gemeldeten Bemühungen der Organisationsleitungen um eine frühere Einberufung der Tariffkommission zur Festsetzung höherer Löhne ergaben zunächst die Aussicht, den 9. Februar statt des ursprünglich festgesetzten späteren Termins (16. Februar) als Verhandlungstag zu bestimmen; doch wollte sich die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins vorher noch über die Stimmung in verschiedenen Kreisen dieser Organisation informieren. Diese Rundfrage ergab prinzipialseitig eine Ablehnung der Früherlegung der Lohnverhandlungen. Infolgedessen haben die Gehilfen- und Hilfsarbeiterorganisationen sofort das Reichsarbeitsministerium gebeten, vermittelnd eingzugreifen, und zwar mit dem Resultat, daß inzwischen Verhandlungen der Tariffkommission zum 12. Februar anberaumt worden sind. Im Interesse einheitlicher und zweckmäßiger Durchführung der bevorstehenden Veränderungen des Lohnsatzes ist in Anbetracht der gespannten Lage von allen weiteren Schritten, Anrufung örtlicher Schlichtungskommissionen usw., abzusehen. Auch die Frage der Befähigungszulagen ist zur Verhandlung und nötigenfalls zur schiedsgerichtlichen Entscheidung durch die Gehilfenvertreter der Tariffkommission gestellt worden.

Die ablehnende Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins wird nun in Nr. 12 der „Zeitschrift“ in folgender Weise begründet:

Die vom Deutschen Buchdrucker-Verein sofort vorgenommene Umfrage in den Kreisen hat kein einheitliches Bild ergeben. Zum Teil wiesen die Kreise in ihrer Antwort auf den an sich schon so kurzfristigen Abschluß des laufenden Lohnabkommens hin. Die vorgesehene Frist müsse unbedingt eingehalten werden, da die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe bei der Annahme von Aufträgen bei der Preisabgabe sich auf das bis 18. Februar gültige Lohnabkommen gestützt hätten, und daß es unmöglich sei, nachträglich vom Auftraggeber höhere Preise zu erlangen. Nehme die Arbeitnehmerschaft auf diese Tatsache Rücksicht, dann würde sie wohl einsehen, daß eine vorzeitige Änderung des Lohnabkommens nicht durchführbar sei. Des weiteren müsse auch mit einem erheblichen Auftragsrückgang gerechnet werden, wenn selbst das jüngste kurzfristige Lohnabkommen und die daraufhin abgegebenen Preise nicht eingehalten würden.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein glaubte deshalb, dem früheren Zusammentritt der Tariffkommission noch in der laufenden Woche nicht zustimmen zu können. Er teilte diese seine Stellungnahme den Gehilfenverbänden mit, die sich daraufhin veranlaßt sahen, das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung anzugehen. Das Reichsarbeitsministerium rief sofort die beiderseitigen Verbände an und veranlaßte eine Aussprache, die am Donnerstag stattfand. Vom Deutschen Buchdrucker-Verein wurde auch bei dieser Gelegenheit auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich gerade für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe ergeben würden, wenn das noch laufende Lohnabkommen geändert werden sollte; es fehle auch an der rechtlichen Befugnis des Reichsarbeitsministeriums, in noch geltende Lohnabschlüsse eingzugreifen. Demgegenüber stellte sich der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf den Standpunkt, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Mittel erforderten, und erklärte, daß das Reichsarbeitsministerium von sich aus die Parteien bereits für Sonnabend zu Verhandlungen laden würde, wenn nicht seitens der Arbeitgeber in einem früheren Zusammentritt der Tariffkommission gewilligt würde.

Diesem Zwange sich beugend, hat der Deutsche Buchdrucker-Verein zugestimmt, daß die Tariffkommission schon am Montag statt am Donnerstag, wie bei dem letzten Lohnabschluß in Aussicht genommen, zu neuen Verhandlungen zusammentritt.

Wir glauben, darauf verzichten zu können, angesichts der ungeheuren Notlage der Gehilfenschaft an dieser Stelle die durch und durch weltremden Grundlagen dieser ablehnenden Haltung der Prinzipalvertreter noch besonders zu charakterisieren. Sie richten sich moralisch und aktiv selbst. Wer mit derartigen Formalitäten in der heutigen Weltkatastrophe seine Position zu halten sucht, den kann höchstens völlige

sachliche und persönliche Unberührtheit von der unheimlichen Not unsrer Zeit teilweise entschuldigen. Die ganz selbstverständliche Antwort des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Mittel bedingen, bildet eine so deutliche moralische „Wehrung“ für den Deutschen Buchdrucker-Verein, wie sie noch keine andre deutsche Unternehmerorganisation erhalten und verdient hat. Mit dieser Feststellung wollen wir es für heute zunächst bewenden lassen; das Weitere wird sich zweifellos aus den Verhandlungen der Tariffkommission ergeben; über die wir jedoch erst in nächster Nummer, die aber wahrscheinlich infolge des für ihre Fertigstellung ungünstig gelegenen Verhandlungstermins und der starken Verkehrsbeschränkungen möglicherweise einen Tag später erscheinen wird, berichten können.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Drückender als jemals lastet gegenwärtig die Sorge auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands, Wilder erschreckenden Elends zeigen sich trotz mancherlei dünner Tünche überall, wohin man blickt. Weltweit an sich schon die unerschwinglichen Reparationsschulden und die Gewissenlosigkeit großkapitalistischer Muffauger jahraus jahrein immer höher werdende Steuerwellen durchs Land, so ist durch den Einmarsch französischer Heeresmassen in das Ruhrrevier eine wahre Katastrophe über unser Volk hereingebrochen. Die Wirkungen der gewalttätigen französischen Besetzung der Kraftquellen des deutschen Wirtschaftslebens lassen sich noch nicht in vollem Umfange übersehen, aber es steht schon vom ersten Tage an fest, daß Entbehrungen schimmister Art nicht nur für das Ruhrgebiet selbst, sondern für das gesamte Staatsgebiet damit aufs engste verknüpft sind. Um das ohne weiteres zu begreifen, braucht die Bedeutung des Ruhrreviers bloß kurz skizziert zu werden. Obwohl das Industriegebiet von Rheinland-Westfalen nur den siebenten Teil der Bodensfläche Deutschlands umfaßt, wohnt dort ein Viertel der deutschen Industriearbeiterschaft, neun Zehntel von der deutschen Kohlenproduktion werden dort gefördert, vier Fünftel an Koks, drei Viertel an Leer und Ammoniak, zwei Fünftel an Eisen, drei Viertel an Schmelzeisen, zwei Fünftel an Blei und mehr als zwei Fünftel der deutschen Zinnproduktion erzeugt. Die wirtschafts-imperialistischen Pläne der französischen Industriemagnaten sind erwiesenermaßen darauf angelegt, die deutsche Schwerindustrie durch Vertreibung mit der französisch-lothringischen dazu zu bringen, die Lieferung von deutschem Koks und die Abnahme des lothringischen Hoheisens zu sichern und durch Aufteilung der Absatzmärkte und Interessensphären der französischen Konkurrenz das Feld zu räumen. Insbesondere sind es die Märkte des östlichen und südöstlichen Europas, die von der französischen Industrie beansprucht werden.

Gar bald hat sich indes gezeigt, daß der Einmarsch ins Ruhrrevier die von den französischen Machhabern erhoffte Wirkung nicht hatte. Der Versand von Koks hat gänzlich, der von Kohlen fast ganz aufgehört. Etwa nur ein Sechstel von der Menge, die vor der Besetzung nach Frankreich ging (alle halbe Stunde verließ vormdem ein Zug mit je 1000 Tonnen Reparationskohle das Ruhrgebiet), ist zur Abfuhr gelangt. Das von der Tagespresse gemeldete Ausblasen von 30 Hochöfen ist darauf zurückzuführen. Der passive Widerstand der Arbeiterschaft des Industriegebiets hat die ökonomische Ruhbarmachung der Kraftquellen des deutschen Wirtschaftslebens durch den französischen Kapitalismus bisher zu verhindern vermocht. Aus innerem Drang heraus haben sich die rheinisch-westfälischen Arbeiter und Angestellten, die in der Mehrzahl den „Segen“ des deutschen Militarismus am eignen Leibe verspürt haben dürften, gegen die militärische Brutalität und die geplante Lohnsklaverei der französischen „Eroberer“ gewandt. Obgleich es natürlich der Ruhrbevölkerung keineswegs gleichgültig sein kann, ob die Ziele der französischen Schwerindustrie erreicht werden oder nicht, haben die Arbeiter und Angestellten im Ruhrrevier doch sicherlich niemals daran gedacht, in erster Linie für die Stimmes, Thyssen und Konkorten einen wirtschaftlichen Abwehrlampf zu führen. Nein, für sich selbst, für ihre eigene Freiheit und für die Erhaltung der sozialen und politischen Errungenschaften der deutschen Republik hat sich die werk-

litige Bevölkerung des Ruhrreviers entschlossen eingesetzt. Die Zurückdrängung der französischen Gewaltpolitik zugunsten einer wirtschaftlichen Vernunftpolitik liegt durchaus im proletarischen Interesse. Der Erfolg wird sicherlich nicht ausbleiben, wenn in deutschen Arbeiterkreisen Kaltblütigkeit und Überlegung die Oberhand behalten. Durch die Zirenensprüche der unerbittlichen Rechten darf sich kein Arbeiter zu nationalstiftlichen Wuchsprüngen mißbrauchen lassen. Die den Gewerkschaften von kommunistischer Seite angebotene Wurgfriedenstimmung wird am besten widerlegt durch die harten Lohnkämpfe, die in einer ganzen Reihe von Gewerben, allen voran im Holzgewerbe, gegenwärtig zur Ausföhrung gelangen. Entspricht es einem sogenannten Wurgfrieden, wenn gewisse Arbeitergruppen um das unbedingt notwendige Existenzminimum verzweifelt kämpfen müssen, während die Unternehmer zu den Reparations- und Nachkriegsgewinnen auch noch Besetzungsgewinne einheimen? Oder sieht es wie Wurgfrieden aus, wenn die Unternehmer in der Gutindustrie die seit Jahren bestehende Tarifgemeinschaft zu Bruch gehen lassen, lediglich wegen der an sich geringfügigen Frage der Bezahlung einer Ferienwoche? Wenn die Leipziger Wuchshändler trotz der Erhöhung der Schlüsselzahl auf 1400 des Grundpreises zu Lohnreduzierungen übergehen möchten und selbst den Spruch des Schlichtungsausschusses sabotieren?

Auf seinem Wege durch die Wüste, den das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, seit dem Kriege zurückzulegen hat, wird schließlich auch die französische Besetzung des Ruhrreviers nur eine der vielen Stappen bleiben, die überwunden werden müssen. Die wirtschaftlichen Folgen der Gewaltaktion werden jedoch in Gestalt einer fabelhaften Verteuerung sämtlicher zum Leben notwendigen Bedarfsartikel noch auf lange Zeit hinaus spürbar bleiben. Nicht genug, daß der Dollar in wenigen Tagen auf das Doppelte stieg, es gingen auch die Preise der im Inland erzeugten Produkte gewaltig in die Höhe, und es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung ins Grauenhafte steigen wird, wenn kein baldiger Umschwung im europäischen Wirtschaftsleben eintritt. Die Frage der Reparationen wird von den französischen Gewalttätern mit ihrer Aktion im Ruhrrevier nur gewaltsam verquitt. Der tiefere Grund liegt darin, daß eine Handvoll französischer schwerindustrieller Unternehmer, die Hunderte eigner und fremder Millionen in ihre ehemals deutschen Werke hineingesteckt haben, sich mehr und mehr bedroht sehen durch den Mangel an Absatzmärkten. Es geht bei ihnen nicht bloß um die Vermeidung des eignen Bankrotts, sondern um die Eroberung der industriellen Vorherrschaft über ganz Europa. Die militärische Besetzung des Ruhrreviers durch die Franzosen ist also gewissermaßen nur ein Symptom jener Krankheit, an der sämtliche Völker mehr oder weniger leiden, nämlich an unheilvoller Verstrickung und Verfallung großkapitalistischer Interessen mit dem gesamten Wirtschaftsleben. Wer sich dieser Tatsache bewußt bleibt, der ist gefest gegen nationalistische Praefenbelben, die alles, was das deutsche Volk gegenwärtig an Leiden durchzulassen hat, einzig und allein auf den Gewaltstreich der Franzosen zurückführen. Wer die tieferen Ursachen kennt, der wird aber auch die jetzt arbeitervereindlichere Haltung des deutschen schwerindustriellen Unternehmertums richtig einschätzen vermögen. Wenn die schlimmste Gefahr im Ruhrrevier mit Hilfe der Gewerkschaften aller Richtungen beseitigt sein wird, dann dürfte sich das Unternehmertum wieder in seiner unverhüllten Gestalt zeigen, und über kurz oder lang werden sich französische und deutsche Großkapitalisten in den Armen liegen. Es ist noch nicht allzulange her, da war in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem Organ für die Vertretung der Unternehmerinteressen der gewaltigsten deutschen Industrie, des Bergbaues, u. a. folgendes zu lesen: „Die Zeit der sozialen Experimente ist binnen kurzem endgültig vorbei. Mit demselben Ernst, mit dem wir bisher Sozialpolitik betrieben haben, werden wir in Zukunft rein sachliche Wirtschaftspolitik machen. Hier haben die Gewerkschaften bisher jedoch fast gänzlich versagt. Es ist nicht anzunehmen, daß sie ohne weiteres eine andre Einstellung vornehmen werden. Große und erbitterte Arbeitskämpfe sind deshalb wahrscheinlich. Daß diese unter Umständen aber auch die Vernichtung der Gewerkschaften herbeiführen können, darüber müssen sich deren Führer jetzt schon Rechenschaft ablegen. Das war deutlich genug gesagt, und man merkt, wohin die Reise gehen soll. Fort mit aller Sozialpolitik; vernichtender Kampf gegen die Gewerkschaften, um an keine kollektiven Vereinbarungen mehr gebunden zu sein; in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses Diktat des Unternehmers! Die rücksichtslose Anwendung dieses Rezeptes wurde vom deutschen Unternehmertum infolge der Aktion im Ruhrrevier aus tatsächlichen Gründen nur etwas hinausgeschoben. In jeder Beziehung war man vorher schon zu gut im Auge, einen neuen Kurs in der Lohnpolitik mit indirekter Unterstützung der jetzigen Reichsregierung durchzuführen. Der Widerstand des Unternehmertums gegen die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung setzte gegen Anfang Dezember vorigen Jahres gegenüber den Bergarbeitern, den Reichsarbeitern und andern Arbeitergruppen ziemlich kräftig ein. Es war jene Zeit, in der in weiten Kreisen mit einer unmittelbaren bevorstehenden Stabilisierung der Mark gerechnet wurde. Wie die von den Unternehmern eifrig betriebene Beseitigung des Achtstundentages, gegen die sich namentlich die Bauarbeiter jetzt zu wehren haben, so war auch die Abneigung gegen die Erhöhung der Löhne die Folge der Reizung, alle Lasten, die bei einer schließlich doch unumgänglich werdenden Markbeseitigung entstehen, auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Bei der durch die Preispolitik der Unternehmer bewirkten Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise wird eben mit der Notwendigkeit ihrer Senkung gerechnet, und man will sich für

solchen Fall schadlos halten durch Herabdrückung der Löhne. In diesem Unternehmertum wird auch die Episode der Ruhrrevierbesetzung im Grunde genommen nichts ändern. Seine Durchführung erfährt nur eine zeitweise Hinausschiebung, und die deutsche Arbeiterschaft wird sich bestimmt früher oder später vor die Notwendigkeit gestellt sehen, dem Versuch einer Verschlechterung ihres ohnehin erheblichen Reallohns in scharfen Wirtschaftskämpfen abzuweichen.

Welche Voraussetzungen auf Arbeiterseite erfüllt sein müssen, um durch die Pläne des Unternehmertums nicht noch mehr ins wirtschaftliche Elend hinabgestoßen zu werden, das ist an dieser Stelle im einzelnen schon oft genug auseinandergesetzt worden. Zusammenfassend sei heute nur nochmals konstatiert, daß die unzerstörbare Einigkeit der Arbeiterbewegung in wirtschaftlicher Beziehung das Einzige bildet, woran wir uns in diesen schlimmsten aller Zeiten hoffnungsvoll emporzuranken vermögen. Die Gewerkschaften bleiben der einzige unentbehrliche Schutzhort des um die Verbesserung seiner Lebenslage, um sein Recht zum Leben ringenden Arbeitervolks. Solange Überzeugungstreue, Opfermut, Solidarität und Disziplin die Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung bilden, werden wir nicht unterliegen.

Auf die Gewinne mancher Unternehmungen werden im Handelsteil großer Tageszeitungen nicht selten grelle Schlaglichter geworfen. So veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ vom 29. Januar in seinem Handelsenteil eine sachverständige Aufschrift über die Zustände im Kalkwalzwerkverband, in der folgende Feststellungen enthalten waren: „Die Löhne der Kalkwalzarbeiter sind gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen um das 120fache, die Frachtkosten um das 207fache, der Dollar um das 8200fache, der Preis der Produkte des Kalkwalzwerkverbandes aber ist festgesetzt auf das 9000fache! Ähnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, dürften die Dinge in allen andern Industrien liegen. Hält man den riesigen Gewinnen einiger Weniger die kaum zur Fröstung des nackten Lebens ausreichenden Löhne der Arbeiter gegenüber, so wird ohne weiteres das Mißverhältnis klar, unter dem die Volksgesamtheit viel schwerer leidet als unter der Dollarsteigerung. Nichts läge näher für die Staatsregierung, als die steuerlichen Konsequenzen aus diesem Mißverhältnis zwischen Nehmen und Geben zu ziehen. Statt dessen werden die Schwerverdiener noch begünstigt durch den jetzt in Geltung befindlichen Steuermobius. Das gesamte Einkommensteuersoll muß heute bis auf etwa 10 Prozent von den Arbeitern, Angestellten und Beamten getragen werden, während die Industriellen infolge der Geldentwertung so gut wie gar keine Steuern zahlen. Würden diese ihren tatsächlichen Gewinnen entsprechend binnen viel kürzerer Frist zur Steuerleistung herangezogen, dann würde unsere Papiermark wahrscheinlich nicht in so verhängnisvoller Weise sinken. In der durch die Gesetzgebung noch gestützten Steuerflucht der Grobverdiener liegt gerade eine der Hauptursachen unserer Marktentwertung und der Wirtschaftsmisere überhaupt. Daß der Widerstand der wirtschaftlich Mächtigen gegen eine Gesundung unserer Finanzverwaltung, gegen Devisenordnung und Marktstabilisierung durch rein materielle Interessen bedingt ist, das wurde unlängst selbst durch ein bürgerliches Organ, die „Neue Leipziger Zeitung“, bestätigt, die darüber folgendes schrieb: „Seien wir doch ehrlich, das offen auszusprechen, was die Entente ohnehin weiß, und bewegen sie uns auch der Unechtheit zeugt: Nämlich, daß die steuerlichen Sonderbestimmungen über die Rückstellungen zum Zwecke notwendiger Erneuerungen, über das verbundene Kapital usw. von weiten Kreisen dazu benutzt werden können, um das eigentliche persönliche Steuersoll zu schmälern. Vielfach sieht man es geradezu als ein Verdienst an, auf diese Weise dem Staate beträchtliche Summen zu hinterziehen, teils aus innerer politischer Opposition, teils aber auch wegen der „Erfüllungspolitik ad absurdum“. Und daß aus diesem letzten Grunde von wirtschaftlich mächtigen Gruppen geradezu eine forcierte Marktentwertung auf dem Wege einer ins Ungemeine gehenden Devisenspekulation betrieben worden ist und noch betrieben wird, ist ebenfalls ein offenes Geheimnis.“

Von denselben Mächten, die das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Volkes so unheilvoll beeinflussen, wird auch die soziale Reaktion getragen. Die Ertrungenschaften der Revolution sind dem mancherorts gesimten Unternehmertum längst ein Dorn im Auge und unaußföhrlich lämpft es dagegen an. Den Herrn-im-Hause-Standpunkt hat sich das Unternehmertum, dank der Zersplitterung der Arbeiterschaft aus politischen Motiven, in die neue Zeit hinüberzurufen vermocht, und aus diesem Geiste heraus erklärt sich der Widerstand gegen alle sozialen Einrichtungen, der Kampf gegen den Achtstundentag, die Zertrümmerung von Tarifgemeinschaften, die Abneigung gegen eine zeitgemäße Lösung des Gewerkslosenproblems usw. Im Sörgleits- und Abhängigkeitsverhältnis sollen alle Kopf- und Handarbeiter verbleiben, als Iern und Wesen des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips. Ein Unterordnen der nacktesten Profitinteressen unter die Gesamtinteressen der Volksgemeinschaft kennen die „wirtschaftlich Mächtigen“ nicht.

Ein um so größeres Verständnis sollte deshalb in allen Lohnarbeit verrichtenden Volksschichten vorhanden sein für die Tatsache, daß uns nur eine Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft aus dem herrschenden Elend heraus und zu gesünder Zuständen führt. Das kann nur durch die Verwirklichung des Sozialismus geschehen. Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, Träger des wirtschaftlichen Umstellungsprozesses zu einer sozialistischen Produktions- und Arbeitswirtschaft zu sein. Auf dem Wege zu diesem Ziele müssen die Gewerkschaften ihre Machtmittel einsetzten im Kampfe gegen das Kapital sowohl als auch gegen die Politik der Reichsregierung und der hinter ihr

stehenden, kapitalistische Interessen vertretenden Parteien, deren verderbliche Politik zu immer unerträglicheren Zuständen führt. Auf der bestmöglichen Verwertung jeder einzelnen menschlichen Arbeitskraft, aber nicht auf dem höchstmöglichen Kapitalgewinn muß die neue Wirtschaftsform fußen. Als Gewerkschaftschronist ist man leider zu der Feststellung gezwungen, daß weite Kreise der Arbeiterschaft, der Angestellten und des Kleinbürgertums dem Sozialismus noch ziemlich verständnislos oder gar feindselig gegenübersehen. Was soll man dazu sagen, wenn namens gewisser Kollegenkreise in Rheinland-Westfalen in Zuschriften an uns behauptet wird, es verstoße gegen die Neutralität, wenn Führer der freien Gewerkschaften es immer mehr für nötig halten zu erklären, daß diese den Sozialismus erstreben. Christentum und Sozialismus seien zwei Weltanschauungen. Wenn sich Gewerkschaftsführer das Ziel setzten, mit der freien Gewerkschaftsbewegung den Sozialismus zu verwirklichen, dann heiße das ihre Mitglieder zum Materialismus erziehen! Dabei trifft doch das direkte Gegenteil zu. Um das näher auseinanderzusetzen, fehlt es uns jetzt leider am nötigen Raum. Aber vielleicht regt es die Protestler zu Nachdenken an, was der ihnen nahestehende katholische Pfarrer Dr. Wilhelm Hohoff (Raderborn), ein Schriftsteller von großem Ruf, der seit über einem Menschenalter in seinen Kreisen dem Sozialismus die Wege zu ebnen sucht, gelegentlich einer Polemik gegen den Freiburger Professor Göhl, eines Verteidigers des kapitalistischen Wirtschaftssystems, im Vorjahre über den Kapitalismus und das große Verdienst von Karl Marx schrieb:

„Karl Marx ist es, der zum ersten Male den zwingenden, bündigen Beweis erbracht hat, daß die Werte der Waren bestimmt sind durch die in ihnen enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeit; daß die Verwertung uns mit vollster Geldbezugs setzt, daß alles, was keine Arbeit gekostet hat, keinen Wert haben kann, mag es auch hier et nunc teurer bezahlt werden.“

„Wer nicht weiß, was der Wert ist, der weiß natürlich auch nicht, was Kapitalprofit, Zins und Rente ist; denn diese sind sämtlich Wertbeträge; weils nicht, woher sie kommen, wie sie entstehen, sondern trägt darüber ebenso oberflächliches, unwissenschaftliches Geschwätz vor wie über den Wert. Wie der Wert lediglich ein Produkt der Arbeit ist, so ist die Polemik gegen die Arbeitswertlehre lediglich ein Produkt der Angst vor dem Sozialismus. Man reunt mit dem Kopfe gegen die granitene Grundmauer der Marxschen Werttheorie und wähnt so den ganzen Bau der Kapitalkritik über den Haufen zu stürzen. Es gibt indes nichts Verhängnisvolleres und Verderblicheres, als wenn man in kritischer Lage sich Selbsttäuschungen hingibt. Man stürzt dadurch nur die Position des Gegners; wahrlich nicht, wie man sich irrtümlich selbst einbildet, die eigene...“

„Was zur Verbesserung der ökonomischen Lage des Arbeiterlandes insofern geschieht ist, hat dem industriellen Kapitalismus von der Arbeiterschaft abgerungen und der Gesehung aufgegeben werden müssen.“

„Die Marxsche Kritik des Kapitalismus ist im wesentlichen treffend und wahr. Wer das erkennt, der wagt sich in Illusionen, der verkennet den Ernst der Situation, der kennt die Ursachen der sozialen Not, der kennt die Größe und Schwere der sozialen Krankheit, der stellt eine falsche Diagnose und macht so ein zweckmäßiges, erfolgreiches Heilverfahren unmöglich.“

„Wie Kopernikus in der Astronomie, so hat Marx in der Ökonomie die sichtbar bloß erscheinende Bewegung aus die innere, hinter der sichtbaren verborgene wirkliche Bewegung zurückgeführt, er hat an Stelle des oberflächlichen Scheins der sinnlichen Wahrnehmung den tatsächlichen, der Sinnenerkenntnis zugrunde liegenden Sachverhalt enthüllt.“

Diesen Proben, die ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Sozialismus ablegen, könnten wir noch weitere anreihen, die beweisen, daß sich der Sozialismus durchaus nicht im Rahmen einer einzigen Partei erschöpft. Es ist eben das Tragische des Sozialismus, daß er durch Verleumdung und Ächtung seines hohen Zieles zur fruchtlosen Opposition und schließlich zum Klassenkampf getrieben wurde, weil sich ein anderer Weg zur Durchführung nirgends bot. Die Zeiten sind längst vorüber, wo man alle diejenigen, die für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen eintreten, mit dem Schlagwort „Sozialisten“ stigmatisieren und zu Boden schmettern konnte. Es geschah hauptsächlich deshalb, um große Teile der Hand- und Kopfarbeiter von jeder politischen Betätigung fernzuhalten. Heute aber sollte eigentlich jeder Gewerkschaftler so weit geführt sein, daß er weiß, was er zu tun und zu lassen hat. Politischer Indifferentismus darf in den Reihen aufklärter Arbeiter und Angestellten nirgends mehr zu finden sein. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Politik und zu den politischen Parteien ist durch die wirtschaftlichen Tatsachen ohne weiteres gegeben. Daß auch das Unternehmertum zur Frage der politischen Betätigung innerhalb seiner wirtschaftlichen Organisationen heute auf einem ganz anderen Standpunkt steht als ehemals, das bewies die „Deutsche Arbeiterzeitung“, als sie im Vorjahre darüber folgendes schrieb:

Wenn vor zwanzig Jahren die „Vollständigung des Unternehmertums“ gefordert wurde, mochte sich noch allenfalls der Einwand hören lassen, daß der Unternehmer von seinen wirtschaftlichen und technischen Aufgaben derzeit in Anspruch genommen sei, daß ihm die Beschäftigung mit politischen Fragen nicht zugemutet werden könne. Inzwischen aber ist der Weltkrieg gekommen, er hat mit einem Frieden, der auf diesen Dilemma kaum Anspruch erheben darf, gendet; er hat zu Verhältnissen geführt, die den Ruf „Arbeiter an die Front!“ immer lauter und beständiger ausfüllt. All dies in höchster Maße von der auswärtigen Politik, so wird nicht minder die innere Politik der meisten Industrielassen gegenwärtig von Spannungen und Problemen beherrscht, bei denen das entscheidende Wort von den Unternehmern gesprochen werden muß. Kurzum, ob man den Blick auf die durch den Weltkrieg geschaffene internationale Lage richtet, oder ob man sich fragt, wie im inneren Leben der Völker die aus der Revolution, aus dem Vorbringen der Demokratie entstandenen Gegensätze zu überbrücken sind — in jedem Fall ergibt sich, daß der Unternehmer, ob groß oder klein, sich der Pflicht politischer Betätigung nicht mehr entziehen kann. Hierzu zwingen ihn nicht allein ideale Gründe, nicht allein die Rücksicht auf die Wohlfahrt des Volkes, sondern auch das wohlverstandene Selbstinteresse, denn mit dieser Wohlfahrt steht und fällt sein eigenes Gaus, und von der Art seiner politischen Betätigung hängt es ab, welche Stelle er in der neuen sich herabbildenden Gesellschaft einnehmen wird, ja, ob er überhaupt noch in dieser einen würdigen, seinen Leistungen entsprechenden Platz finden wird.

Was hier vom Unternehmertum gesagt wird, trifft vollinhaltlich auch auf die Arbeiterklasse zu. Neben der gewerkschaftlichen Regsamkeit bildet die rührige Betätigung im Sinne des Sozialismus die Grundbedingung zur Erhaltung und zum weiteren Ausbau der politischen sowie der wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft. Kraft ist nur dort, wo Einheit herrscht und Vernunft waltet!

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft untrennbar verbunden ist, nicht widerstandlos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgemeinschaft ist es, die Durchführung dieses Widerkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen! In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Vergabe eines Stundenverdienstes aufzurufen und — nachdem festgestellt, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufzubringenden Summe leisten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zugestimmt.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verwendung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwaltung der Beträge aufzuziehen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weitestgehende Ausdehnung und Verschonung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzupacken, im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufs für die Durchführung des Hilfswerks in allen Werbetrieben zu sorgen.

Berlin, den 8. Februar 1923.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Eh. Reipart.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buch- und Zeitungsdruckerei G. Pannengießer in Gasse i. W. überreichte ihrem Personal eine Weihnachtsgratifikation, und zwar den Verheirateten 6000 M., den Ledigen 2000 M.

Schwere Strafen für Papierstrolche. Vor der Strafkammer in Köln wurde acht Tage lang ein großer Papierstrolcheprozess verhandelt. Es handelte sich um 76 Waggons verschobenes Zeitungspapier, das als Koffetpapier nach Holland verkauft worden war. Es wurden verurteilt: der Hauptangeklagte Joseph Siefer wegen unerlaubter Ausfuhr, Preistreiber und Schleichhandel zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und zu einer Geldstrafe von 60 Mill. M., von der Anklage der Urkundenfälschung wurde er freigesprochen. Ferner erhielten wegen Beihilfe sein Bruder Leo drei Monate und 600 000 M., sein Bruder Franz einen Monat und 600 000 M., der Kaufmann Marlus Pfstein zwei Monate und 600 000 M., der Generaldirektor Teipel der Reicholzwerke drei Monate und 80 Mill. M. und der Sachverständige Waubisch wegen Begünstigung zwei Monate und 600 000 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß die Strafen so hoch ausgefallen seien, weil die Mehrzahl der Angeklagten Jahre hindurch die Wirren und die Not des Vaterlandes zu rein egoistischen Zwecken ausgebeutet hätten und weil ihr Treiben in seinen letzten Auswirkungen zu jenen ungeheuren Papierpreisen geführt hätte, die jetzt zu verzeichnen sind. Der erzielte Gewinn des nach Holland verschobenen Papiers, soweit dessen Menge hat festgestellt werden können, in Höhe von 6 687 000 M. wurde eingezogen.

Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände. Von den Bergarbeiterverbänden wurde ein gemeinsamer Aufruf erlassen, in dem eingangs darauf hingewiesen wird, daß der Widerkampf im Ruhrgebiet in ein neues Stadium eingetreten ist. Nach den täglich zunehmenden Fällen schwerer Eingriffe in Verkehrsleben und Arbeitsbetriebe, nach den Verhaftungen und Mißhandlungen, nach den brutalen Gewalttaten, die bereits mehrere Menschenleben kosteten, nach der Kohlenperre über das unbesetzte Deutschland, nach der Beschlagnahme selbst der Bergarbeitern für ihren eigenen Haushalt zustehenden Kohlen scheinen es die militärischen Gewaltthäter Frankreichs jetzt darauf abgesehen zu haben, daß das Ruhrgebiet der Schauplatz blutiger Kämpfe werde. Zu diesem Zwecke wird versucht, durch Spitzel und ihre Helfershelfer auf den verschiedenen Schachanlagen Unruhen zu provozieren. Bereits sei man auch an Betriebsratsmitglieder herantreten, um durch Bestechungsgelder von täglich 20 000 M. besondere Auskünfte zu erhalten. Der Aufruf stellt fest, daß die Versuche mit Entrüstung abgewiesen wurden, und warnt die einzelnen Organisationen wie die Betriebsräte und ihre Vertrauensleute vor diesen Treibern, durch die der französische Imperialismus der Ruhrbevölkerung seine Herrschaft aufzwingen wolle, und fordert unter erneutem Appell an das Weltgewissen die sofortige Zurückziehung der widerrechtlich im Ruhrgebiet stehenden französischen und belgischen Truppen.

Ein wertvolles Unternehmergeheimnis. In einem streng vertraulichen Rundschreiben, das der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe kürzlich an seine Mitglieder versandte, wird klipp und klar angegeben, daß die den Arbeitern gezahlten Löhne viel zu niedrig sind. Es heißt darin: „Wir haben schon seit längerer Zeit auf Grund der auch von uns aufgestellten Ermittlungen den Standpunkt vertreten müssen, wenn wir ihn auch selbstverständlich den Arbeitern gegenüber nie zum Ausdruck gebracht haben, daß sich die bauernde immense Verteuerung aller Bedarfsartikel — nicht nur der Lebensmittel — auf Stadt und Land in gleicher Weise auswirkt und wird durch die Reichhaltigkeit unsrer Auffassung allerdings für die kleineren Gemeinden in für sie noch weit ungünstigerer Form bestärkt. Wir bitten namentlich unsre ländlichen Vereine, die uns stets den Vorwurf machen, daß ihre Interessen bei den Lohnfestsetzungen nicht in genügender Weise gewahrt werden, diese statistische Zusammenstellung auch auf ihr Gebiet sinngemäß in Anwendung bzw. in ihren Mitgliederversammlungen zur Kenntnis zu bringen, damit auch die Mitglieder zu der Überzeugung gelangen, daß gegen derart amtlich nachgewiesene Tatsachen noch mehr anzulämpfen, als es stets bisher geschehen ist, auch für uns eine Unmöglichkeit darstellt. Im Zusammenhang hiermit möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Inbezugszahl für das ganze Reich im Monat November gegen Oktober um 102,2 Prozent gestiegen ist. Unsre Lohnfestsetzungen für den Monat Dezember haben diese prozentuale Steigerung nicht annähernd erreicht. Falls die Inbezugszahl voll ausgeglichen wäre, hätte eine Verdoppelung der Löhne erfolgen müssen. Diese Mitteilung bitten wir im eigensten Interesse streng vertraulich zu behandeln.“ Was hier von einem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe konstatiert wird, nämlich die Tatsache der völligen Unzulänglichkeit der Löhne gegenüber der ungeheuren Preissteigerung der gesamten Lebensbedarfsartikel, gilt auch für andre Berufsgruppen, insbesondere aber für die Buchdrucker, die durchschnittlich noch weit schlechter gestellt sind als die Bauarbeiter.

Die Tarifgemeinschaft in der Hutindustrie besiegelt. Die große Notlage der Hutarbeiter wird durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gekennzeichnet. Etwa 8000 Mitglieder des Deutschen Hutarbeiterverbandes, rund 10 Proz. aller Beschäftigten, sind arbeitslos. 11 268 Mitglieder aber sind zur Kurzarbeit herbeigeführt, gleich 40 Proz. der Beschäftigten. Die Hälfte der Hutarbeiter also ist mehr oder minder von der Krise betroffen und damit ist auch für die übrige Hälfte, die Kollarbeiter, die Existenz erschüttert. Eine derartige Situation benutzten die Unternehmer, um die „Kassell der Tarifgemeinschaft“ endlich abzustreifen. Nahezu vier Jahre bestand für die Woll- und Haarhutbranche eine Tarifgemeinschaft im Rahmen eines Reichsmanteltarifs. Der Tarifvertrag sicherte den Arbeitnehmern sieben Tage Ferien zu. Die Arbeitgeber kündigten den Tarifvertrag bereits im Sommer vorigen Jahres in der Absicht, die allgemeinen Bedingungen wesentlich zu verschlechtern. Die Organisation konnte diese Verschlechterungen abwehren und erreichte die Verlängerung des Tarifvertrages bis Ende 1922. Vor seinem Ablauf wurde erneut verhandelt. Bevor die Arbeiterschaft über das Resultat der Verhandlungen entscheiden konnte, riefen die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium an. Dessen Spruch konnte beide Parteien nicht befriedigen und wurde daher abgelehnt. Noch dreimal versuchte die Organisation zu einer Verständigung zu kommen und die Tarifgemeinschaft aufrecht zu erhalten. Die Arbeitgeber wollten zwar

die Ferien bestehen lassen, die Entschädigung dafür jedoch vier Wochen vor Ferienbeginn durch besondere Verhandlungen festgelegt wissen; mit andern Worten, die Lohnzahlung für die Ferienwoche derart kürzen, daß diese Ferienwoche zu einer Hungertwoche werden müßte. Sie ließen an diesem Punkte die ganze Tarifgemeinschaft scheitern.

Neue Tarifserhöhungen der Eisenbahn. Wiederum stehen starke Tarifserhöhungen bevor, nämlich der Gütertarife um 100 Proz., zum 16. Februar, der Personaltarife um 80 Proz. am 20. Februar, der Personentarife um 100 Proz. am 1. März. Die Personentarife betragen dann das 800fache der Friedenssätze der vierten Klasse.

Beschränkung der Einwanderung nach Amerika. Das neue Einwanderungsgesetz, das eine neue, weitgehende Beschränkung der Zahl der zu den Vereinigten Staaten zugelassenen Einwanderer vorsieht, hat die Billigung des Repräsentantenhauses gefunden. Nach den neuen Bestimmungen sollen 2 Proz. statt der bisherigen 8 Proz. von den Angehörigen der verschiedenen in den Vereinigten Staaten vertretenen Nationalitäten zugelassen werden, und die Grundlage soll dabei die Volkszählung von 1890 statt von 1910 bilden. Die Einwanderungsbeamten schätzen die Zahl der nach dem Gesetzentwurf zugelassenen Deutschen auf jährlich 168 000 statt bisher 353 000.

Briefkasten

G. S. in A.: Ein derartiges Organ gibt es dort nicht. — L. M. in Altona: 510 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 6 II. Fernruf: Amt Kurzf. Nr. 1191. Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (B. Schwilke)

550 Mark beträgt der Verbandsbeitrag in der 7. Beitragswoche (11. 2. bis 17. 2. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Invalidenkassenmitglieder siehe die Bekanntmachung in Nummer 10 des „Korrespondent“.

Kaiserslautern. Die Mitglieder Rudolf Stricker, Solanden (Hauptbuchnummer 7057), Johann Siebeck, Halde (99498), Richard Schrick, Alfens (118209), Albert Gaffner, Dierbach (118377), und August Lorenz, Lauterbach (118408), werden hiermit aufgefordert, ihre Rente umgehend zu besteuern, widrigenfalls sie in der nächsten Versammlung ausgeschlossen werden. Die Kollegen wollen, soweit möglich, die Säumigen auf diese Ausschreibung aufmerksam machen.

Adressenveränderung

Altenburg i. Thür. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Hugo Reichardt, Nikolaiterhof 33. Von Anfang März an befindet sich der Verbandsnachweis und die Reisekassenverwaltung in Händen des Bezirkskassierers Karl Kunze, Nordstraße 8. — (Druckervereinigung.) Vorsitzender: Karl König, Reichsstraße 4. — Landau (Pfalz). Vorsitzender: Ernst Leonhard, Hofstr. 37.

Versammlungskalender

Berlin. Maschinensekretärerversammlung Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr im „Klubhaus“, Ohmstraße 2.
Dresden. Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonnabend, den 17. Februar, abends 7 Uhr, in „Schubert Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2.
Bittau. Versammlung Sonntag, den 18. Februar, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Anzeigengebühr: Die sechsgepaltenen Zeile 30 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 200 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postfacheingang.

100 000 M. Belohnung!

Von unsern Betreibern wurden 13 fünfstellige Ziffernwerke für Nummernrechnen mit verschiedenen Nullen (zum Numerieren von Wertpapieren u. dgl.) entwickelt. 12 Werke haben diesen **Nr. 12345** das dreizehnte diesen **Nr. 12345** Schriftcharakter. Erstere waren mit den Fabriknummern zwischen 1427/37 und 3982/3 versehen, letztere mit Nr. 1437. Auf allen befand sich der Fabrikstempel **SB** Fabriknummer und Stempel sind vielleicht bestohlen. Für Wiederbeschaffung sehen wir obige Belohnung aus; für Angaben, die zur Verhaftung des Diebers oder seiner Hintermänner führen, eine entsprechende Teilsumme. **Hofbuchdruckerei Rudolfsstadt.**

Schreiftseher

26 Jahre alt, in allen Satzarten sowie an Schnellpresse und Tegel bewandert, sucht für sofort Stellung. **H. Brinmann, Nordseebad Dorfum, Süderstraße 46.**

Junger Schreiftseher

19 Jahre alt, in allen Satzarten bewandert, sucht sofort Dauerstellung. In- oder Ausland. Angebote an **Ernst Schulz, Neuruppin, Kränzliner Weg 6.**

1. Altdenzseher

mit gut durchgebildetem Geschnack, 27 J. alt, gewissenhaft, selbstständig, Arb., eventuell auch zum Besuch der Rundschrift geeignet, sucht sofort Stellung. Gute Zeugnis, vord. Off. u. Nr. 267 an die Geschäftsstelle d. B. L., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Verbandsnadel

(V. d. B. L.) i. d. G. Ernst König, empfiehlt K. Eieg, München 9.

Typographseher

U. B. flott u. korrekt, längere Praxis, guter Maschineneiker und -pfeiler, sucht sofort Stellung. Egal wohin! **H. Glorius, Gensburg, Magarethenstraße 20 I.**

Buntabzieher

gelehrter Buchdrucker, ledig, sucht umgeh. angen. feste Stellung als Buntabzieher für farbige Abz. langf. Zeugn. vord. Offerten unter Nr. 274 an die Geschäftsstelle d. B. L., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Tiegeldrucker

guter Altdenzdrucker für ein- und mehrfarbige Drucke, mit langjähr. Zeugniss., noch ledig, 35 Jahre alt, sucht umgehend angenehme Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 275 an die Geschäftsstelle d. B. L., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Gaulschbriefe in farb. Ausf. in d. G. Ernst König, Preis auf Verträge mit Nachporto, empfiehlt K. Eieg, München 9.

Winkelhaken
Zehrschiff, Schlicht, Anlege-
mark. Hef. K. Eieg, München 9.

Am 26. Januar verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Hubert Pangelö** im Alter von 31 Jahren. Ehre seinem Andenken! **Bezirksverein Krefeld.**

Am 3. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Heinrich Kohrs** aus Altona, im 72. Lebensjahre; am 6. Februar unser lieber Kollege, der Seher **Paul Schütt** aus Hamburg, im 65. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewacht ihnen **Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.**

Am 3. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Heinrich Kohrs** aus Altona, im 72. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewacht ihnen **Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.**

Am 6. Februar verstarb im 21. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Drucker **Hermann Päßsch** Ehre seinem Andenken! **Ortsverein Großsch-Pegau-Zwenkau.**

Am 3. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Heinrich Kohrs** aus Altona, im 72. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewacht ihnen **Das Personal der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co., Hamburg.**

Buchdruckerhumor 16 Postk. 0,10 (102 216, 102 011) zu d. G. K. Eieg, München 9.